



Eine Alternative zur Beschäftigungskrise

Von THOMAS KOUDELA
www.koudela.net

Obwohl die Neoklassik schon an der Erklärung der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gescheitert war, erlebte sie in den 1970ern, nachdem der Keynesianismus in der politischen Diskussion fälschlicherweise für widerlegt gehalten wurde, wieder einen Aufschwung. Nach wie vor bildet die Neoklassik das Fundament für die makroökonomische Forschung und Lehre. Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, wenn die Empfehlungen der Forschungsinstitute und der Wirtschaftsweisen, trotz ihrer stetigen Umsetzung durch die Politik, seit Jahren keine spürbare Belebung auf dem Arbeitsmarkt bringen. Eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise der Politik ist die Folge.

In diesem Artikel möchte ich von einer alternativen Erklärung des Phänomens „Zins“ aus den Bogen zu einer alternativen Erklärung der Beschäftigungskrise spannen. Ein vielversprechender Lösungsansatz für die derzeitige Beschäftigungskrise wird dadurch einsichtig werden.

Der wohl größte Schauer läuft einem bei der neoklassischen Begründung des Zinses über den Rücken. „Der Zins ist die Belohnung für den Konsumverzicht des Gläubigers.“, tönte es mir als Student vor sieben Jahren im Hörsaal meiner Universität entgegen. Damals schluckte ich diese Kröte noch ohne Widerspruch, obwohl dieser Satz mehrere Widersprüche birgt. So hatte man uns am Tag davor noch erzählt, Preise würden sich durch Angebot und Nachfrage bilden. Wieso gerade der Preis für Geld eine Ausnahme bildet und das Leid des Gläubigers plötzlich eine Rolle spielt, wurde natürlich nicht erklärt. Ohne Erklärung ist dies jedoch wenig einleuchtend, da das Leid des Arbeiters, der Lebenszeitverzicht übt, für die Löhne auch keine besondere Rolle spielt. Ebenso erstaunlich ist, dass die Zentralbank über den Leitzins Einfluss auf die Höhe dieser Belohnung nehmen kann. Legt die Zentralbank etwa fest, wieviel das Leid des Gläubigers wert ist? Und wieso wird die Rolle des Schuldners übergangen? Der Schuldner stellt die Sparkapazität zur Verfügung. Er wird in der Zukunft Güter auf dem Markt anbieten, um mit den Einnahmen seine Schulden tilgen zu können. Ohne ihn wäre es möglich, dass in der Zukunft dem Geld des Gläubigers erheblich weniger Güter auf dem Markt entgegenstehen und der Gläubiger einen herben Wertverlust hinnehmen müsste. Warum bezahlt der Gläubiger nicht den Schuldner für diesen Nutzen, den er aus ihm zieht?

Geld unterscheidet sich von anderen Gütern u. a. dadurch, dass zwischen Gläubiger (in der Rolle des Geldangebots) und Schuldner (in der Rolle der Geldnachfrage) kein Austausch qualitativ unterschiedlicher Leistungen, sondern ein intertemporaler Austausch der gleichen Leistung stattfindet. Leistung im Jetzt wird mit einer gleichwertigen Leistung in der Zukunft getauscht. Das Angebot wächst exponentiell (dies sind hauptsächlich die Geldvermögen bei Fälligkeit), während die Nachfrage höchstens linear steigen kann, da die nötigen Sicherheiten durch die Wirtschaftskraft beschränkt sind. Wie kann es dazu kommen, dass immer nur der Schuldner den Aufpreis bezahlt, obwohl zwei qualitativ identische Güter getauscht werden und obwohl das Angebot wesentlich schneller als die Nachfrage wächst? Steht dies nicht im Widerspruch zu den Wirkungsmechanismen von Angebot und Nachfrage?

Preise sind immer Verhandlungssache und spiegeln daher die Machtverhältnisse zwischen dem Anbieter und dem nachfragenden Publikum wieder. Zwischen Gläubiger und Schuldner gibt es vor allem die folgenden Machtungleichgewichte:

1a) Wenn ein potentieller Schuldner für eine Investition Geld benötigt, so muss er an Geld kommen, um die Investition tätigen zu können.

1b) Wenn ein potentieller Gläubiger Geld besitzt, so kann er es anderen Marktteilnehmern für Investitionen zur Verfügung stellen, aber er muss es nicht.

2a) Der Schuldner muss Güter verkaufen, um tilgen zu können.

2b) Der Gläubiger kann mit den Tilgungsleistungen des Schuldners Güter kaufen, aber er muss es nicht.

Der erste Punkt beschreibt eine betriebswirtschaftliche Abhängigkeit: Der Schuldner (bzw. Besitzlose) ist bei seiner wirtschaftlichen Tätigkeit auf den Gläubiger (bzw. Besitzenden) angewiesen. Der Gläubiger ist bei der Verwendung des Geldes aber nicht auf den Schuldner angewiesen. Dies können wir als Hauptursache für den stets positiven Zins sehen. Der Gläubiger verleiht sein Geld nur, wenn er einen betriebswirtschaftlichen Vorteil davon hat. Der einzige betriebswirtschaftliche Vorteil, den der Schuldner dem Gläubiger gegenüber der anderweitigen Verwendung (darunter fällt auch die Geldhortung) bieten kann, ist die Zahlung eines positiven Zinses. Der Schuldner ist bereit, diese Abgabe zu leisten, da er anderenfalls seine wirtschaftliche Tätigkeit nicht fortsetzen oder gar nicht erst aufnehmen kann. So erklärt sich, warum ein besonderes Machtverhältnis bei der Preisbildung über Angebot und Nachfrage dominieren kann. Durch die betriebswirtschaftliche Abhängigkeit wird eine stetige Umverteilung von den Besitzlosen zu den Besitzenden sichergestellt. Die Hauptlast trägt hierbei der Endverbraucher, da die Kapitalkosten auf die Produkte umgelegt werden.

Der zweite Punkt beschreibt eine volkswirtschaftliche Abhängigkeit: Die Gesamtheit der Schuldner ist darauf angewiesen, dass die Gesamtheit der Gläubiger mit den Tilgungsleistungen Güter kauft, sonst kann die Gesamtheit der Schulden (bzw. ein Teil davon) nur mit neuen Schulden zurückgezahlt werden. Die volkswirtschaftliche Abhängigkeit führt in Kombination mit der betriebswirtschaftlichen Abhängigkeit zu einer immer schneller wachsenden Umverteilung: Weil die Gläubiger die Verzinsung ihrer Guthaben auf dem Markt durchsetzen können, müssten sie neben den Tilgungsleistungen auch die Zinsen verkonsumieren, um die Tilgung aller Schulden zu ermöglichen. Jedoch wird unter dem Strich nur ein Bruchteil der Zinsen tatsächlich verkonsumiert, von den Tilgungsleistungen ganz zu schweigen. Der Wirtschaft stehen diese Gelder nur über neue Verschuldungsprozesse zur Verfügung. Die Gesamtverschuldung der Volkswirtschaft muss daher jedes Jahr um mehrere Prozent wachsen, damit die gleiche Wirtschaftsleistung erzielt werden kann! Die durch die betriebswirtschaftliche Abhängigkeit bedingte Umverteilung wird so durch die volkswirtschaftliche Abhängigkeit zementiert und verstärkt.

» » »

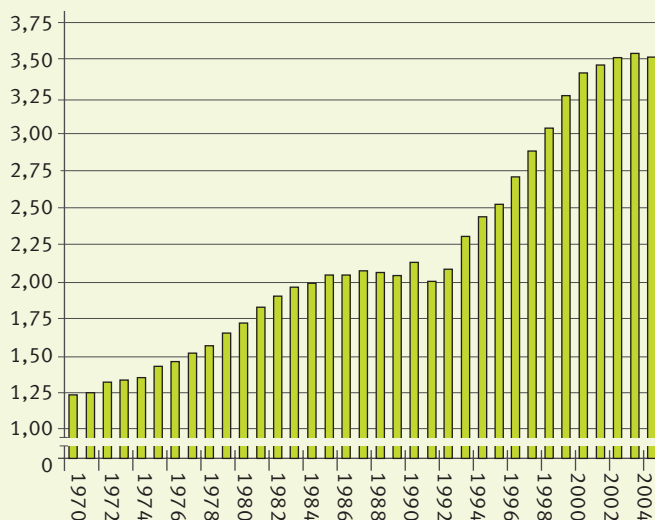


Abb. 1: Geldvermögen bzw. Verpflichtungen pro Euro Volkseinkommen (Quelle: Deutsche Bundesbank und Statistisches Bundesamt Deutschland)

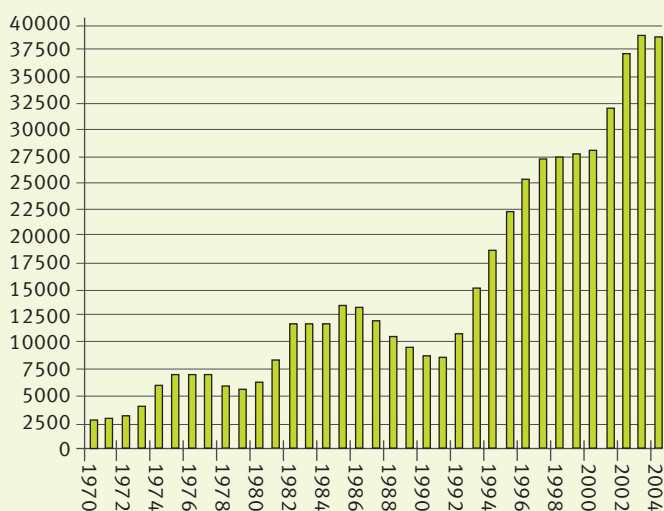


Abb. 2: Unternehmensinsolvenzen (Quelle: Wikipedia)

Weil die Verschuldung schneller wächst als die Wirtschaftsleistung, enthalten die Produktpreise jedes Jahr mehr Transferleistungen, die uns im Namen der Gläubiger aufgebürdet werden. In dieser Situation von zu hohen Lohn- oder Lohnnebenkosten zu sprechen, ist im Grunde genommen lächerlich, sinkt deren Anteil in den Preisen durch die eben beschriebene Dynamik doch stetig, während der Kapitalkostenanteil ebenso stetig wächst. Dass diese Verschuldungs- und Umverteilungsdynamik unsere Wirtschaftsentwicklung tatsächlich in besonderem Maße prägt, wird ersichtlich, wenn wir die Geldvermögen bzw. -schulden pro Euro Volkseinkommen mit den Unternehmensinsolvenzen vergleichen. Beide Kurven zeigen eine verblüffend ähnliche Entwicklung (siehe Abb. 1-2).

Um den Teufelskreis von steigender Verschuldung und steigenden Transferleistungen zu durchbrechen, scheint es sinnvoll, die Eingangs besprochenen Machtungleichgewichte zwischen Gläubiger und Schuldner zu beseitigen. Die Freiwirtschaft bietet hierfür eine elegante Lösung. Sie schlägt vor, Geld mit einer zeitabhängigen Haltegebühr zu belasten. Die Entscheidung des Gläubigers, ob er sein Geld für Investitionen zur Verfügung stellt oder auch nicht – und ebenso, ob er sein Geld verkonsumiert oder nicht – ist damit nicht mehr gänzlich seinem eigenen Gutdünken überlassen. Sollte der Gläubiger sein Geld weder verkonsumieren, noch für Investitionen zur Verfügung stellen, so muss er eine Gebühr zahlen, deren Höhe davon abhängt, wie lange er sein Geld zurückhält. Je höher die Gebühr, desto mehr gerät der Gläubiger unter Druck. Wird die Gebühr ausreichend hoch gewählt, so steht der Gläubiger ebenso stark wie der Schuldner unter Zugzwang, wodurch das Machtungleichgewicht beseitigt wird. Schätzungen aus Fachkreisen besagen, dass die Gebühr hierzu eine Höhe von 6-8% p. a. haben sollte.

Nimmt nun die Verschuldung der Volkswirtschaft überhand, so können die Gläubiger nicht länger, von ihrer besseren Machtposition aus, den Mechanismus von Angebot und Nachfrage außer Kraft setzen. Durch die enormen Transfer- und Tilgungsleistungen wird so viel Geld angeboten, dass der Zins nach Beseitigung des Machtungleichgewichtes unter Null sinkt. Die Transferleistungen verschwinden und mit ihnen der Kapitalkostenanteil in den Preisen. Die Volkswirtschaft wird nicht nur unvergleichbar wettbewerbsfähig, sondern entledigt sich nach und nach auch von ihrem Schuldenberg.

Bei negativen Zinsen oder Zinsen nahe Null werden unzählige Unternehmungen wirtschaftlich, die bei höheren Zinsen nicht zu realisieren wären. Um diese Unternehmungen zu realisieren, ist selbstverständlich auch menschliche Arbeitskraft von Nöten. Der Arbeitsmarkt wird in der Folge, wenn schon nicht leergefegt, so zumindest deutlich geräumter sein als heute.

« « «